

KGIV – KGIV-Vertretung traf sich mit von Sabine Pegoraro angeführter Delegation zur Austauschsitung.

# Denkmalpflege überprüft ihre Abläufe

«Wenn rund ein Fünftel der Umfrageteilnehmer angibt, in den letzten fünf Jahren Probleme mit dem Denkmalschutz gehabt zu haben, so besteht klarer Handlungsbedarf seitens der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der lokalen Gewerbe- und Industrievereine – der KGIV – gegenüber der Kantonalen Denkmalpflege.» Dies sagte **Beat Huesler**, Präsident der KGIV, am vergangenen 18. April an einer Austauschsitung mit einer Delegation der KGIV sowie Vertreterinnen und Vertretern des Kantons.

## Probleme mit der Denkmalpflege

Beat Huesler, bezog sich mit seiner Aussage auf die zwischen dem 29. Februar und dem 13. März dieses Jahres durchgeführte Mitgliederumfrage zum Thema «Herausforderung Denkmalschutz – Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege». Anlass zu der Umfrage gab die Tatsache, dass die Gewerbe- und Industrievereine (GIV) von ihren Mitgliedern mehrfach auf Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege angesprochen wurden. An der Austauschsitung präsentierte die zwölköpfige KGIV-De-



Beat Huesler, Präsident der KGIV, sieht bei der Denkmalpflege klaren Handlungsbedarf.

FOTO ARCHIV

legation unter der Leitung von Beat Huesler und Landrat **Christoph Buser**, Geschäftsführer KGIV und Direktor der Wirtschaftskammer, der von Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** angeführten Vertretung der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) die Umfrageergebnisse. «Die Antworten der GIV-Mitglieder verdeutlichen, dass die in der Zusammenarbeit mit der Kantonalen Denkmalpflege aufgetretenen Probleme kei-

ne Einzelfälle darstellen», sagte Landrat Christoph Buser. Die Umfrageteilnehmer kritisierten unter anderem, dass bei Entscheidungen eine gewisse Willkür wahrgenommen werde. Auf die Frage, welche Auswirkungen die Probleme bezüglich Denkmalpflege auf ein Bauprojekt hatten, gaben rund 75 Prozent der Teilnehmer an, dass es zu Planungsunsicherheiten, Mehrkosten und Terminverzögerungen kam. Zu den weiteren Kritikpunkten gehört die Verfügbarkeit oder Erreichbarkeit der zuständigen Fachstellen, die von 40 Prozent der Teilnehmenden als sehr unbefriedigend bewertet wurde. Aufgrund der vielen Teilzeitstellen sei nicht klar, wer wann zu erreichen sei. Oft seien auch die Stellvertretungen nicht sichergestellt. Die Wartezeit für eine Vorabklärung in einem erwähnten Fall betrug mehrere Wochen. **Brigitte Frei-Heitz**, Kantonale Denkmalpflegerin, bedauerte im Gespräch diverse Vorfälle. Sie räumte ein, dass der Prozess nicht von einzelnen Personen abhängig sein dürfe und versprach, die Abläufe zu überprüfen. Aufgrund personeller Wechsel und Vakanzen sei es zu Verzögerungen gekommen. Inzwischen hätten die Stellen wieder besetzt werden kön-

nen. Das Hauptanliegen der KGIV-Delegation war, dass alte Gebäude in den Kernzonen von Dörfern wiederbelebt werden. Das gelinge nur, wenn in diese Häuser investiert werde und die Hürden dafür nicht zu hoch seien.

## Alte Gebäude wiederbeleben

Landrätin **Susanne Strub** aus Häfelfingen sagte dazu: «Wenn die Denkmalschutzkommission einer Gemeinde einer Gebäudesanierung zustimmt, dann sollte das Projekt nicht zu einem späteren Zeitpunkt von der Kantonalen Denkmalpflege verunmöglicht oder behindert werden. Die Gemeinde ist am nächsten bei der Bevölkerung, und wir möchten, dass in diese Gebäude wieder Leben einkehrt.»

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** hielt fest, dass mit der Austauschsitung eine gute Grundlage für eine bessere Verständigung zwischen KGIV und Kantonalem Denkmalschutz sowie für Verbesserungsmöglichkeiten geschaffen wurde. Die Kritikpunkte würden ernst genommen. «Insbesondere bei der anstehenden Revision des kantonalen Denkmalschutzgesetzes müssten diese Anliegen berücksichtigt werden», sagte Sabine Pegoraro.

Alexandra Mächler

## INTERGENERIKA

# Axel Müller folgt auf Peter Huber



Der neue Geschäftsführer des Branchenverbands Intergenerika vor dem Haus der Wirtschaft.

FOTO ZVG

Dr. **Axel Müller**, seit Mai dieses Jahres Geschäftsführer des Branchenverbands Intergenerika, hat sein Büro im Haus der Wirtschaft in Liestal bezogen. Er hat die Nachfolge von **Peter Huber** angetreten. Gemäss dem Motto «Der Erfolg von Generika kommt allen Schweizerinnen und Schweizern zugute» werde sich der promovierte Apotheker mit 30-jähriger internationaler Management Erfahrung in Pharma- und Generika-Unternehmen für den aufstrebenden Markt der kostengünstigen Nachahmermedikamente in der Schweiz einsetzen, wie Intergenerika mitteilt. Intergenerika ist die Vereinigung der führenden Generikafirmen in der Schweiz. Diese repräsentieren mehr als 90 Prozent des Generikavolumens in der Schweiz.

Reto Anklin

## KMU-NACHRICHTEN

# John Häfelfinger wird BLKB-Chef



John Häfelfinger, per Januar 2017 Präsident der Geschäftsleitung der Basellandschaftlichen Kantonalbank.

Die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) setzt für die Nachfolge an der Spitze der Geschäftsleitung auf eine externe Lösung: Der Bankrat hat **John Häfelfinger** von der Credit Suisse per 1. Januar 2017 zum neuen Präsidenten der Geschäftsleitung ernannt. Er tritt auf diesen Termin hin in die Bank ein. Häfelfinger folgt auf Dr. **Beat Oberlin**, der Anfang April 2017 in Pension gehen wird. Häfelfinger startete seine Karriere gemäss einer Medienmitteilung der BLKB mit einer Banklehre bei der Regiobank beider Basel und wechselte danach zur SBG (heute UBS). Anschliessend arbeitete er bei der Credit Suisse, wo er zuletzt den Bereich «Corporate & Specialty Lending» mit rund 250 Mitarbeitenden verantwortet habe. «Wir sind überzeugt, dass er die BLKB dank seines Know-hows, seiner Führungsqualitäten und seiner langjährigen Erfahrung auf ihrem erfolgreichen Weg weiter voranbringen und entwickeln wird», wird Bankrats-Präsidentin **Elisabeth Schirmer-Mosset** in der Mitteilung zitiert. sda

gedruckt in der schweiz  
www.printed-in-switzerland.com

## POLIT-KOLUMNE

# Es wird einsam um EU-Freund Burkhalter

Am 20. Mai 1992 überreichte der damalige Schweizer EU-Botschafter in Brüssel, **Benedikt von Tscharn**, der portugiesischen Ratspräsidentschaft folgendes Schreiben: «Monsieur le Président, Le gouvernement suisse a l'honneur de demander, par la présente, l'adhésion de la Confédération suisse à la Communauté économique européenne en application de l'article 237 du Traité instituant la Communauté économique européenne, c'est-à-dire l'ouverture de négociations à ce sujet. Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de notre très haute considération. Au nom du Conseil fédéral suisse, Le Président de la Confédération: René Felber.» Das ist der Wortlaut des EU- beziehungsweise EG-Beitrittsgesuchs der Schweiz, das zum grössten aussenpolitischen Flop des Bundesrats im 20. Jahrhundert führte. Statt im Papierkorb liegt der peinliche Brief immer noch im Brüsseler Dokumentenarchiv. Doch der St. Galler SVP-Nationalrat **Lukas Reimann**, auch Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns), schaffte in der Frühjahrssession der eidgenössischen Räte per Motion den Durchbruch: «Der Bundesrat wird beauftragt, das Gesuch über die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen zurückzuziehen.» (Eine Motion ist ein verbindlicher Auftrag an die Regierung.)

Auf frühere derartige Vorstösse entgegnete der Bundesrat jeweils, ein Rückzug sei gar nicht möglich und führe nur zu Irritationen mit der EU. Nationalrat **Reimann** überzeugte die Ratsmehrheit mit seinem Votum: «Die EU behandelt die Schweiz wie ein Land, das der EU offiziell beitreten möchte und nicht wie eine unabhängige, eigenständige Nation.» Die EU verlange von der Schweiz auch die Übernahme von EU-Recht in fast allen Bereichen. Um in künftigen Verhandlungen mit der EU erfolgreich zu sein und als eigenständiges, unabhängiges Land anerkannt zu werden, sei das Gesuch jetzt «formell und offiziell» zurückzuziehen, entschied der Nationalrat mit 126 Ja gegen 46 Nein. Stimmt der



## Peter Amstutz, ehemaliger Leiter der Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung»

Ständerat am 15. Juni 2016 der Motion ebenfalls zu, wird der Bundesrat handeln müssen, und Aussenminister **Didier Burkhalter** steht auf sehr einsamem Posten.

Dabei hätte der Bundesrat die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, wenn er die Dossiers «EU-Beitrittsgesuch» und «institutioneller EU-Rahmenvertrag» zur angeblichen Weiterentwicklung der bilateralen Zusammenarbeit sang- und klanglos in der tiefsten Schublade verschwinden liesse. Dies zeigt die neueste ETH-Studie «Sicherheit 2016» über die Lagebeurteilung des Souveräns. 84 Prozent der Befragten sagen klar Nein zum Vorschlag, «die Schweiz solle sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU beitreten». 1999 waren es noch 57 Prozent Befürworter dieser bundesrätlichen Strategie gewesen. Noch düsterer sieht es aus, wenn nach der Bereitschaft gefragt wird, die Schweiz mit dem sogenannten EU-Rahmenabkommen näher an die EU heranzuführen (Stichworte: «Fremde Richter und automatische Übernahme von künftigem EU-Recht»). Gerade noch 35 Pro-

zent sagen dazu Ja. Die ETH-Wissenschaftler ziehen folgende Schlüsse: «In der Langzeitbetrachtung zeigt sich, dass sich das Meinungsbild der Schweizer Stimmbürger zur Europapolitik stark verändert hat. In den Neunzigerjahren favorisierten zwei Drittel der Befragten eine politische Annäherung an die EU, und knapp die Hälfte plädierte für eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Form eines EWR-Beitritts (Europäischer Wirtschaftsraum). Ab 2003, und insbesondere seit 2006, änderte sich diese Haltung jedoch markant, und der Sukkurs sowohl für eine Annäherung wie auch einen Beitritt zur EU verminderte sich signifikant.»

Bundesratsmehrheit und Bundesverwaltung haben sich mit ihrer EU-Annäherungspolitik völlig ins Abseits manövriert. Ein EU-Vollbeitritt wird vom gesamten politischen Spektrum mehrheitlich abgelehnt, und eine politische Annäherung an die Union ist nur noch im linken Parteienspektrum (SP, Grüne) geringfügig mehrheitsfähig (57 Prozent). 66 Prozent der CVP und FDP sowie 78 Prozent jener, die sich politisch rechts von der Mitte einstufen, wollen davon rein gar nichts (mehr) wissen. Der kristallklaren Ablehnung eines EU-Vollbeitritts von links (67 Prozent) bis rechts (94 Prozent) steht die überwiegende Mehrheit jener Stimmberechtigten gegenüber, welche die Zusammenarbeit mit der EU nur auf die Wirtschaftsbeziehungen beschränken wollen. Der Wunsch nach politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit bleibt auf sehr hohem Niveau gefestigt. Daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und aussenpolitisch so zu handeln, wie es der Souverän vom Parlament als oberster Bundesbehörde und vom Bundesrat als vollziehende sowie ausführende Instanz erwartet, müsste eigentlich kein Ding der Unmöglichkeit mehr sein.

Der Autor gibt seine eigene Meinung wieder. Diese muss sich nicht mit jener der Wirtschaftskammer decken.

## IMPRESSUM standpunkt

### Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgV,  
Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern,  
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch  
**Redaktion sgz:** Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern  
Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

### Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: ■ Wirtschaftskammer Baselland  
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges  
Podium für eine liberale Wirtschaft und  
Gesellschaft, Haus der Wirtschaft,  
Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50  
Internet: www.kmu.org  
E-Mail: standpunkt@kmu.org  
**Verantwortung:** Christoph Buser, Direktor  
**Redaktion/Umbruch:** Reto Anklin (ra)  
**Produktion:** IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen  
**Adressänderungen:**  
Bitte an Wirtschaftskammer Baselland  
E-Mail: standpunkt@kmu.org  
Der Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger  
Quellenangabe ist erlaubt.